

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Erweiterung des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko um den Arbeitsbereich Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen und mit sämtlichen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln dafür einzusetzen:

1. Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko wird um den Arbeitsbereich Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz erweitert.
2. Personell soll das gemäß Ziff. 1 erweiterte Zentrum um mindestens fünf weitere Beamte aus dem Bereich des Zivil-, Brand- und Katastrophenschutzes aufgestockt werden, die mit den Polizei- und Zollbeamten im Regeldienst in dieser Dienststelle und mit den polnischen Beamten zusammenarbeiten.
3. Eine entsprechende Erweiterung des Gemeinsamen Zentrums soll auch auf polnischer Seite erfolgen, mit der Entsendung von fachkundigem Personal aus Polen aus dem Bereich Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz.

#### Begründung:

Das plötzlich und unerwartet sowie insbesondere ohne mögliche Vorwarnung durch die polnischen Nachbarn aufgetretene Fischsterben in der Oder Anfang August 2022 hat verdeutlicht, dass auch die Strukturen der gemeinsamen Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen Polen und Brandenburg zu verbessern sind. Die Umweltkatastrophe in und an der Oder hat die Fauna im Grenzfluss zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in einem bis dahin nie bekannten Ausmaß zerstört. Die ganzen Schäden für Mensch und Umwelt sind noch nicht abschließend festgestellt worden.

Bereits Ende Juli 2022 sollen in Polen erste Hinweise über eine große Umweltkatastrophe vorgelegen haben. Die Kommunikations- und Meldewege haben in der Praxis aber vollständig versagt. Erst ca. 14 Tage später erfuhren die deutschen Behörden von der Katastrophe, als bereits mehrere Tonnen toter Fisch von deutscher Seite im Fluss wahrnehmbar waren.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Feuerwehrmagazin-Online v. 15.08.2022 zu „Umweltkatastrophe Oder: massenhaftes Fischsterben“, <https://www.feuerwehrmagazin.de/nachrichten/umweltkatastrophe-oder-massenhaftes-fischsterben-116920>, abgerufen am 01.09.2022.

Nicht einmal der polnische Bürgermeister der Stadt Slubice war informiert und konnte daher auch nicht den deutschen Oberbürgermeister in Frankfurt (Oder) frühzeitig warnen. Diesbezüglich wurde vielfach von einem Staatsversagen wie auch schon vor einem Jahr anlässlich der Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal gesprochen.<sup>2</sup>

In der Innenpolitik ist oft die Rede von der sog. Blaulichtfamilie. Diese sollte in den bestehenden Kooperationsstrukturen wie dem vorhandenen Gemeinsamen Zentrum auch um die Bereiche des Zivil-, Brand- und Katastrophenschutzes auf beiden Seiten ausgedehnt werden, die Meldewege müssen kürzer und effizienter werden. Bedauerlich ist, dass das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in der bisherigen Form bis vor wenigen Tagen auch nichts von der Katastrophe des Fischsterbens in der Oder wusste, obwohl diese internationale Dienststelle, die von polnischem und deutschem Personal getragen wird, über bilinguale Beamte verfügt. So arbeiten im Gemeinsamen Zentrum in Swiecko insgesamt 43 deutsche und 23 polnische Polizisten und Zöllner an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr zusammen.<sup>3</sup> Sie begleiten die Ermittlungen deutscher und polnischer Sicherheitsbehörden und wickeln u. a. den Informationsaustausch beider Staaten ab – allerdings bisher nur im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität. Ereignisse wie das Fischsterben und zugrundeliegende Umweltverschmutzungen von Flüssen, die über Staatsgrenzen hinweg stattfinden, können zwar auch unter den Begriff der grenzüberschreitenden Kriminalität subsumiert werden, sofern die Ursache illegale Einleitungen von Substanzen in Gewässer sind.

Darüber hinaus ist jedoch eine Erweiterung der bisherigen Aufgabenbereiche um den Fachbereich des Zivil-, Brand- und Katastrophenschutzes dringend notwendig, um die Kompetenzbündelung und die Kommunikation auch in diesen Bereichen zu ermöglichen. Sämtliche in dem Gemeinsamen Zentrum dienende Beamte auf deutscher und polnischer Seite haben so gemeinsam die notwendige Kompetenzerweiterung, um zukünftige Schadensereignisse frühzeitig zu erkennen und effizient bekämpfen zu können. Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit mit Erweiterung um die Bereiche Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz kann so zu einem echten „Gemeinsamen deutsch-polnischen Sicherheitskompetenzzentrum“ für beide Staaten werden, um neue, notwendige Formen der Zusammenarbeit effektiv zu gestalten und zukünftiges Staatsversagen auszuschließen.

---

<sup>2</sup> Vgl. Tichys-Einblick-Online v. 14.07.2022 zu „Ein Jahr nach der Flut im Ahrtal: Der gerettete Politiker-Porsche und das Staatsversagen“, <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/flut-ahrtal-ein-jahr-danach/>, abgerufen am 01.09.2022.

<sup>3</sup> Vgl. PM des BMI v. 11.01.2018 zu „Gute Zusammenarbeit in der Grenzregion“, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2018/01/10-jahre-gz-swiecko.html>, abgerufen am 01.09.2022.